

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 77 (2006)
Heft: 7-8

Rubrik: Kurzmitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzmitteilungen

■ Barbara Steiner

Schweiz

Konkordat zu Sonderpädagogik

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat ein Konkordat zur Sonderpädagogik in die Vernehmlassung gegeben. Es begleitet einen der wichtigsten Aufgaben- und Lastentransfers – rund 750 Millionen Franken – als Folge der NFA. Diese überträgt den Kantonen die Verantwortung für die besondere Schulung und die damit verbundenen sonderpädagogischen Massnahmen. Im Konkordat wird definiert, welche Aufgaben die öffentliche Hand verbindlich führen und finanzieren muss. Einen Vorteil sieht die EDK in der gesamtschweizerischen Harmonisierung von Terminologie, Qualitätsvorgaben und Diagnoseinstrumenten. Die Vernehmlassung zum Entwurf für eine «Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich» dauert bis Ende 2006. Sie richtet sich an die Dachverbände der Behindertenorganisationen und -institutionen sowie der Berufsverbände. Im Juni 2007 soll das Konkordat an die Kantone gehen. Es tritt in Kraft, wenn zehn Kantone beigetreten sind, frühestens aber auf Anfang 2011.

Medienmitteilung EDK

Schweiz

Säule 3c für Pflege?

Bundesrat Pascal Couchepin wartet mit einer neuen Idee für die Pflegefinanzierung auf: Er will eine Säule 3c schaffen, die ähnlich funktionieren soll wie die Säule 3a. Beiträge auf individuelle Sparkonto könnten also bis zu einem Maximalbeitrag von den Steuern abgezogen werden. Anders als bei der Säule 3a bleiben die Gelder aber auch nach der Pensionierung gebunden. Bei Bedarf würden sie zur Finanzierung des Pflegeheims oder der Spitex eingesetzt, ansonsten vererbt. «Mit dieser Lösung könnte die Eigenverantwortung gestärkt und die Allgemeinheit von gewissen Kosten entlastet werden», erklärte Couchepin vor den Delegierten des Hauseigentümerversbands. Just einen Tag zuvor hatte FDP-Ständerätin Erika Forster eine Motion eingereicht, die eine Säule 3c im Sinne Couchepins verlangt. Einen ähnlichen Vorstoss soll Christine Egerszegi (ebenfalls FDP) im Nationalrat platzieren. Das zeigt, dass Couchepin in der eigenen Partei mit Unterstützung rechnen kann. Auch bei CVP-Fraktionschef Urs Schwaller stösst der

Vorschlag auf Wohlwollen: «Ich unterstütze alles, was die Eigenverantwortung fördert.» In eine ähnliche Richtung denkt SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi. Auch er will Anreize schaffen, damit die Senioren für eine allfällige spätere Pflege sparen. Im Gegensatz zu Couchepin verzichtet Bortoluzzi aber auf eine Zweckbindung, sondern möchte einfach die Säule 3a bis zum 70. Altersjahr verlängern. Das habe politisch grössere Chancen, glaubt er. Bei der SP kommen solche Ideen schlecht an. Nur jene, die ohnehin genügend Geld hätten, könnten es sich leisten, jährlich Tausende von Franken auf die Seite zu legen, meint Nationalrätin Christine Goll. Vor allem aber ortet sie in Couchepins Vorschlag einen «ersten Schritt zur Privatisierung der Pflege». Wenn jeder für sich selber Sorge, könne dies dazu führen, dass sich die öffentliche Hand und die Sozialversicherungen aus der Pflegefinanzierung verabschiedeten.

Tages-Anzeiger online

Schweiz

Kein Steuergeld für Pflegeversicherung

Mit 96 zu 60 Stimmen lehnte der Nationalrat eine parlamentarische Initiative von Hans-Jürg Fehr (sp, Schaffhausen) ab, die eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer für die Nachkommen verlangte. Der Präsident der SP wollte dabei die Hälfte der anfallenden Erträge den Kantonen überlassen und mit der zweiten Hälfte die Pflegeversicherung finanzieren. Die bürgerliche Mehrheit hielt ihm entgegen, dass das Anliegen der Erbschaftssteuer im Parlament schon mehrmals gescheitert sei. Die Kompetenz für Erbschaftssteuern liege bei den Kantonen, sagte Kommissionssprecherin Lucrezia Meier-Schatz (cyp, St. Gallen). Eine Erbschaftssteuer sei auch der Position der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb abträglich. Die Linke hingegen sah in der Verknüpfung von Erbschaftssteuern und Pflegefinanzierung einen innovativen und günstigen Ansatz, um ein Problem der alternen Gesellschaft zu lösen. Eine Erbschaftssteuer nehme niemandem etwas weg, da die Erben ja zum vererbten Vermögen selber nichts beigetragen hätten, sagte Initiant Fehr. Die Finanzierung der Alterspflege benötige dagegen dringend mehr Geld, um die Pflegebedürftigen nicht über Gebühr zu belasten.

NZZ online

Schweiz

Politiker wollen Prävention

Alte Menschen sollen in der Schweiz so lange wie möglich unabhängig leben können. National- und Ständerat fordern deshalb vom Bundesrat eine nationale Präventionsstrategie zur Förderung der Gesundheit im Alter samt rechtlichen Grundlagen. Nach dem Nationalrat überwies auch der Ständerat die Motion der Solothurner SP-Nationalrätin Bea Heim. Der Bundesrat hatte sich mit Verweis auf die laufende Neuordnung der Pflegefinanzierung bereit erklärt, den Vorstoss Heims anzunehmen. Gemäss geltendem Recht seien Gesundheitsförderung und Prävention im Alter zwar Aufgabe von Gemeinden und Kantonen, hiess es in seiner schriftlichen Stellungnahme. Der Bund sei aber bereit, eine koordinierende Funktion für eine nationale Strategie zu übernehmen.

Basler Zeitung online

Schweiz

Schul-Zusammenschluss

Die rund 200 Höheren Fachschulen (HF) möchten ihrer Bedeutung im schweizerischen Bildungssystem besser Ausdruck verleihen. Sie haben deshalb ein vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) unterstütztes Projekt initiiert; es zielt auf den Aufbau einer gesamtschweizerischen Dachorganisation mit einer zentralen Geschäftsstelle, welche die Anliegen der Höheren Fachschulen in die Politik einbringen kann.

Weitere Informationen:

www.bbaktuell.ch/pdf/bba3520.pdf
bbaktuell

Schweiz

Integration in Arbeitswelt

Pro Infirmis, die grösste Behindertenorganisation der Schweiz, baut ihre Stiftung «Profil – Arbeit & Handicap» aus. Zielsetzung ist es, Menschen mit einer Behinderung oder einer Leistungsbeeinträchtigung im Arbeitsprozess integriert zu halten oder wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. An vier Standorten in der Deutschschweiz werden ab zweiter Jahreshälfte regionale entstehen: In Bern für die Region Bern und das Mittelland, in St. Gallen für die Ostschweiz, in Zug für die Zentral-

schweiz und in Zürich für den Grossraum Zürich. Mit dem Aufbau eines Netzes von 15 bis 20 Vollzeitstellen sollen ab Anfang 2007 jährlich rund 500 Mandate abgewickelt werden. Die von Pro Infirmis personell, finanziell und organisatorisch unabhängige Stiftung will ihre Dienstleistungen in engen Kooperationen mit den Partnern entwickeln und zu marktgemässigen Preisen, die eine Selbstfinanzierung ermöglichen, anbieten. Die anvisierten künftigen Kunden von «Profil - Arbeit & Handicap» sind Arbeitgeber und deren Pensionskassen, das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), kantonale IV-Stellen, die SUVA, Taggeld- und Arbeitslosenversicherungen und Regionale Arbeitsvermittlungszentren sowie das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

Medienmitteilung Pro Infirmis

Aargau

Fusion im Gespräch

Die Vereinigung der Aargauischen Krankenhäuser (Vaka) und Curaviva, Sektion Aargauer Alterseinrichtungen, streben eine Vollfusion an. Die Generalversammlung ermächtigte den Vaka-Vorstand, entsprechende Verhandlungen aufzunehmen. Mit der Fusion sollen alle Kräfte auf regionaler, kantonaler und nationaler Ebene in einem Gesamtverband gebündelt werden. «Wenn die Verhandlungen plangemäss verlaufen, entsteht schon per Anfang 2007 der neue, grösste kantonale Gesamtverband in der Schweiz», hiess es an der Vaka-Generalversammlung in Rheinfelden. Der neue Verband soll über die gesamte gesundheitsmedizinische Versorgungskette alle stationären Leistungserbringergruppen vertreten. (mz)

Aargauer Zeitung

Bern

Trägerschaft für Kompetenzzentrum

Das Kompetenzzentrum Höhere Fachschule Pflege mit den vier Standorten Ausbildungs-

zentrum Insel Bern, Pflegeberufsschule Am Altenberg Bern, Lindenhof Bern und Pflege-schule Oberland in Thun erhält gemäss Beschluss des Regierungsrats des Kantons Bern eine neue private Trägerschaft. Diese soll von den vier bisherigen Trägerschaften als privatrechtliche Aktiengesellschaft gegründet werden. Weiter wird für die Übergangsphase von den alten zu den neuen Ausbildungen ein Personalpool für Lehrerinnen und Lehrer aller sieben bisherigen Pflegeberufsschulen im Kanton Bern geschaffen. Das Kompetenzzentrum Höhere Fachschule Pflege übernimmt die Lehrerinnen und Lehrer aus dem Personalpool und schliesst mit ihnen neue Anstellungsverträge ab. Der Personalpool stellt bei Bedarf auch den bisherigen Pflegeberufsschulen das benötigte Personal zur Verfügung, damit diese die altrechtlichen Ausbildungen zu Ende führen können. Für die Führung und Organisation des Personalpools ist die Leitung des Kompetenzzentrums Höhere Fachschule Pflege verantwortlich. Der SBK Bern (Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und -fachmänner) begrüsst den Entscheid der Regierung, das Projekt Kompetenzzentrum weiterzuführen. Er verlangt aber auch, dass der Kanton seine soziale Verantwortung wahrnehme. So müsse für das Personal der Schulen, welche geschlossen werden, eine sichere berufliche Perspektive vorhanden sein.

*Medienmitteilung Kanton Bern/
Medienmitteilung SBK Bern*

Bern

Preis für Arbeitgeber

Bis am 21. Juli können sich Arbeitgeber aus dem Berner Oberland und angrenzenden Gebieten, welche Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung beschäftigen, um den Thuner Sozialstern 2006 bewerben. In der Jury sind Personen aus Politik, Wirtschaft und Sozialpsychiatrie vertreten. Der Thuner Sozialstern wird am 17. November zum zehnten Mal verliehen.

Weitere Informationen: www.sozial-stern.ch

Luzern

Erfolgreiche Eingliederung

Im letzten Jahr wurden im Kanton Luzern 220 Personen mit einer Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt integriert. Das heisst: Praktisch jeder vierte Behinderte, der noch arbeiten kann, fand einen Arbeitsplatz. Das ist eine Quote, die in der Schweiz ihresgleichen sucht. «Ich will eingliedern, nicht administrieren», sagt Werner Durrer, Direktor der IV-Stelle Luzern. Seit Jahren geht er eigene Wege, um nicht so leistungsfähige Frauen und Männer in die Arbeitswelt zurückzuführen. Dabei liess sich Durrer auch vom Bundesamt für Sozialversicherung (BSV), das ihn während Jahren etwas skeptisch begleitete, nicht bremsen. Nun wird, was er seit Jahren in der Praxis erprobt, mit der 5. IV-Revision flächendeckend umgesetzt: Integration fördern statt IV-Rente verfügen. «Wir gehen aktiv auf den Arbeitsmarkt und schauen uns die einzelnen Betriebe in der Praxis an», sagt Durrer. Er hat seine IV-Verwaltung in Luzern, mit immerhin 100 Angestellten, verschlankt und mit dem eingesparten Geld vier Arbeitsvermittler – ab September sind es sechs – auf die Piste geschickt. Es gehe nicht darum, den Personalchefs Behinderte aufzuschwatzen, sagt Durrer. Es gehe darum, die Bedürfnisse der Arbeitgeber kennen zu lernen und ihnen dann auf Grund einer Arbeitsplatzanalyse die richtigen Leute zu vermitteln. Inzwischen hat die IV-Stelle in Luzern ein Netzwerk mit 800 Arbeitgebern aufgebaut. Vielfach sind Umschulungen nötig, oft muss der Arbeitsplatz gewechselt werden. Ein Baggerführer mit Rückenschaden arbeitet nun im computer-gestützten Warenlager. Ein Maurer, der wegen Knieproblemen nicht mehr auf dem Bau tätig sein kann, arbeitet als Chauffeur beim Medikamentenvertrieb. Die aufwändige Betreuung lohnt sich. Ein Arbeitsvermittler, dessen Bruttolohn mit 120 000 Franken zu Buche schlägt, kann die IV-Kasse dank erfolgten Eingliederungen um jährlich 650 000 Franken entlasten.

Tages-Anzeiger

FHS
HOCHSCHULE FÜR TECHNIK, WIRTSCHAFT
UND SOZIALE ARBEIT ST.GALLEN



Management-Weiterbildung für Führungspersönlichkeiten aus dem Gesundheitswesen

Master of Advanced Studies in Health Service Management

Berufsbegleitendes Nachdiplomstudium (60 Tage) mit den Zertifikatslehrgängen Management und Politik im Gesundheitswesen, Planungs- und Führungsinstrumente im Gesundheitswesen, Leadership und Führung im Gesundheitswesen. Nächster Start: 19. Oktober 2006.

Weitere Informationen auf www.fhsg.ch/nds-ism.

